

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 14 (1938-1939)
Heft: 2

Artikel: Gefährlicher Friede
Autor: Guggenbühl, Adolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1066793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



GEFÄHRLICHER FRIEDE

Von Adolf Guggenbühl

Illustration von
H. Tomamichel

Bald ist ein voller Monat verflossen, seit «die grossen Vier» der Welt in München den Frieden geschenkt haben, und noch liegt vielen von uns der Schrecken über dieses Danaergeschenk in allen Gliedern. Trotzdem nach der offiziellen Version eine neues, besseres Zeitalter für Europa begonnen hat, trotzdem die Börse fest (wenn auch bezeichnenderweise recht unsicher) ist, trotzdem im Kanton Neuenburg eine Sammlung veranstaltet wird, um dem «edlen Greis», dem englischen Ministerpräsidenten als Zeichen der Dankbarkeit einen Chronometer zu überreichen (und dabei gleichzeitig für

schweizerische Qualitätsarbeit etwas Reklame zu machen), trotz allen diesen optimistischen Kundgebungen hat sich vieler unserer Mitbürger eine eigentliche Verzweiflung bemächtigt. Die Botschaft hören sie wohl, allein es fehlt ihnen der Glaube. Der 29. September erscheint ihnen als einer der schwärzesten Tage in der Geschichte Europas, in dessen Herz unser Vaterland liegt.

Ähnlich muss es unsern Vätern im August 1914 zumute gewesen sein. Auch damals brach für viele eine Welt zusammen. Was man im Zeitalter des Fortschrittsglaubens nicht mehr für möglich gehalten hatte, wurde über Nacht schaurige Wirklichkeit: Die Völker Europas, die, durch tausendfache wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen eng verbunden, beinahe wie Glieder einer grossen

Familie lebten, stürzten plötzlich mit den Waffen in der Hand in wildem Hass aufeinander los. Feinsinnige Gelehrte, die eben noch an internationalen Kongressen herzliche Freundschaftsbeziehungen ausgetauscht hatten, überschütteten sich gegenseitig mit den unflätigsten Beschimpfungen. Der Traum vom Völkerfrieden war wieder einmal ausgeträumt, der Schleier der Illusion zerrissen, das Nachtgesicht der Menschheit enthüllt.

Es scheint, dass jedes Geschlecht eine solche grundsätzliche Desillusionierung erleben muss. Was der Zusammenbruch des Völkerbundes, was die allgemeine Aufrüstung nicht fertig brachten, das hat für viele unserer Generation München bewirkt: uns die Augen geöffnet, uns mit aller Brutalität gezeigt, dass es in der Weltgeschichte nicht zugeht wie im Sittenlehrbuch der Primarschule, wo der Friedfertige immer belohnt wird und der Störenfried stets seine verdiente Strafe erhält.

Vor unsern Augen und Ohren wurde ein kleines, tapferes Volk von seinen Freunden verraten, ja, seinen Gegnern ausgeliefert, im wahrsten Sinne des Wortes «im Stiche» gelassen. Aber der Vorhang des Tempels zerriss nicht, und kein Feuerregen ergoss sich vom Himmel. Im Gegenteil, die Hauptschuldigen hatten die Kühnheit, sich gegenseitig für ihre Taten zu beglückwünschen.

Die empörten Verzweiflungsschreie der untergehenden Tschechoslowakei stießen auf taube Ohren, wie die Rufe eines im Eise Ertrinkenden, dem man nicht helfen will, und wo man deshalb die Türen des Hauses schliesst, um ihn nicht mehr zu hören.

Gegen die fettgedruckten Glückwunsch-Telegramme konnten machtlose Protestresolutionen wie die nachfolgende nicht aufkommen:

Protest der Vertreter des tschechoslowakischen Geisteslebens

„Aus vielen Ländern hören wir Freude und Jubel über den vermeintlich gesicherten Frieden. Unsere Nation

jedoch steht geschändet durch die Lügen einer feindseligen Propaganda da, verraten von jenen, denen sie selber die Treue gewährt hat. In diesem Augenblick, einem der trübsten, die unsere Geschichte aufweist, erheben wir Vertreter des tschechischen und slowakischen Geisteslebens tiefen, durch das Bewußtsein furchtbaren Unrechts verstärkten Protest gegen die Art, in welcher auf unsere Kosten ein vermeintlicher Friede in Europa erkauft worden ist.

Die neue Gefahr

Aber der Schock, den wir, oder wenigstens viele von uns erlitten haben, ist nicht nur moralischer Art. Er beruht auch auf sehr konkreten Befürchtungen. Die Existenz der kleinen Völker ist auf der Festigkeit der sittlichen Ordnung begründet. Das Faustrecht ist für den Schwachen gefährlicher als für den Star-ken, und wir gehören zu den Schwachen.

Dazu kommt eine weitere, sehr realpolitische Erwägung. Die Sicherheit der Schweiz hängt weitgehend von einem gewissen Gleichgewicht der europäischen Mächte ab. Solange dieses da war, hatten wir die Gewissheit, dass uns jeder Angriff automatisch Bundesgenossen zuführte.

Einmal war das Gleichgewicht gestört, zur Zeit Napoleons; die Folgen sind uns bekannt. Schon heute ist es deutlich sichtbar, dass die Oberherrschaft von Deutschland in Europa eine — wenn auch vielleicht nicht vollendete und auch nicht endgültige — Tatsache ist. Der Gegenspieler, Frankreich, ist schachmatt.

Dass das französische Volk sein neues Sedan mit Jubelgeschrei begrüßte, dass ein Pariser Reisebureau sogar eine Freudenreise in Autocars nach den Friedensstätten Berchtesgaden, München und Godesberg veranstaltete, ist ein so grim-miger Witz der Weltgeschichte, wie ihn Shakespeare keinem seiner Narren in den Mund zu legen gewagt hätte.

Gewiss haben unsere Behörden recht, wenn sie darauf hinweisen, es bestehe auch jetzt für die Schweiz keine unmittelbare Gefahr. Keine unmittelbare, aber eine mittelbare.

Es wäre verantwortungslos, die ge-

genwärtigen Regenten in Deutschland der Absicht bezichtigen zu wollen, sich unser Land ganz oder teilweise einzuverleiben. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist. Aber der Appetit kommt beim Essen, und wer garantiert uns, ob man nicht in einem Jahr oder in zwei Jahren plötzlich findet, die in bezug auf die Respektierung unserer Neutralität abgegebenen Erklärungen seien inzwischen « durch die Tatsachen überholt ». Der Wolf findet immer einen Vorwand, um das Schaf zu fressen. Auch wenn es im Bächlein unterhalb trinkt, kann er geltend machen, es habe sein Wasser getrübt. Eine geschickte Propaganda bringt es sogar fertig, nachzuweisen, das Schaf sei eigentlich ein getarntes Raubtier.

Dazu kommt die gefährliche Lehre, welche Nation und Sprachgebiet gleichsetzt. In Deutschland erscheinende Geographiebücher und Karten beweisen uns täglich, dass es dort weite Kreise gibt, welche bald gutgläubig, bald bösgläubig, die Irrlehre verbreiten, in dem Gebiet zwischen Saane und Rhein, wo sich aus einem Gemisch von Römern, Kelten und Alemannen im Laufe der Jahrhunderte ein schweizerischer Menschentyp herausgebildet hat, lebten Volksdeutsche oder Auslandsdeutsche, die « eigentlich » heim ins Reich gehörten.

Alle diese Gefahren empfinden wir, wenn auch oft nur gefühlsmässig.

Vor einigen Wochen ging bei uns das Gerücht um, in Deutschland seien Plakate angeschlagen:

« $2\frac{1}{2}$ Millionen Deutschschweizer warten auf den Anschluss. »

Es wurde prompt dementiert, und mit Recht. Und doch ist es bedeutungsvoll, wenn auch nicht als Tatsache, so doch als seelische Erscheinung, als Ausdruck einer im Tiefsten wurzelnden Angst.

Ich habe mir diese Falschmeldung von mehreren Personen erzählen lassen. Diese Leute, die ich sonst als durchaus nüchtern und zuverlässig kenne, haben mir das Gerücht als nachgeprüfte Tatsache geschildert und mit allen mög-

lichen Einzelheiten belegt. Die Aussagen hielten natürlich einer Nachprüfung nicht stand. Die Betreffenden haben also gelogen. Die Macht solcher Gerüchte ist eben stärker als die Kraft des Verstandes. Sie stammen aus dem Unterbewusstsein und sind ein sicheres Zeichen dafür, dass die Menschen in ihren tiefsten Tiefen aufgewühlt sind.

Die Entscheidung

Was ist zu tun? Es gibt wohl nichts anderes als das: Wir müssen der furchtbaren Möglichkeit ins Auge sehen, dass, was Gott verhüte, die Zeit kommen kann, wo es gilt, die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes mit dem Gewehr und der Handgranate zu verteidigen. Wir müssen entschlossen sein, falls es nötig ist, zu töten und zu sterben. Sind wir das?

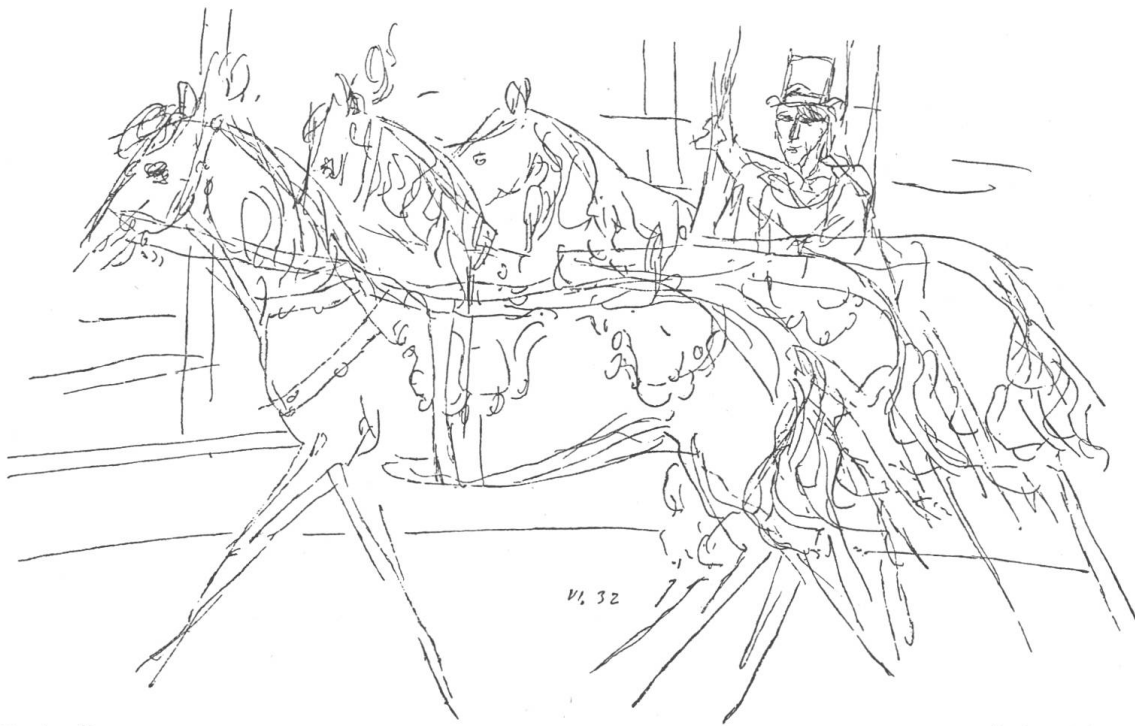
Es ist etwas ganz anderes, im Männerchor patriotische Lieder von Stapel zu lassen, nach dem Bankett zu singen:

*... Nie vor Gefahren bleich,
Froh noch im Todesstreich,
Schmerz uns ein Spott!*

als diese rhetorische Erklärung in die Tat umzusetzen, denn die Feigheit sitzt allen Menschen ohne Ausnahme tief im Mark.

Und doch ist diese Frage die wichtigste, die wir uns gegenwärtig stellen müssen, wichtiger als diejenige der Arbeitsbeschaffung, der Finanzreform, auch wichtiger als das Problem der Verlängerung der Dienstzeit und der vermehrten Anschaffung von Flugzeugen.

Was nützt uns eine musterhaft präsentierende Armee, die einen soldatisch flotten Eindruck macht, bei der jeder Soldat gut ausgerüstet ist und keiner auch am Sonntagnachmittag die Mütze schief auf dem Kopfe trägt, wenn sich diese Armee im entscheidenden Falle « in achtungsgebietender Diszipliniertheit » einfach ergibt?



Charles Hug

Federzeichnung

Man hat während der kritischen Tage auch bei uns die Hoffnung ausgedrückt, die Tschechen möchten keine « Desperado-Politik » treiben, das heisst von dem Wahnsinn absehen, sich gegen einen übermächtigen Feind zur Wehr zu setzen.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft wäre nie das geworden, was sie heute ist, wenn unsere Vorfahren nicht in so und so vielen Fällen Desperadopolitik getrieben hätten.

Es steht uns wahrhaftig nicht an, den Tschechen Vorwürfe zu machen. Aber, was unsere Stellung betrifft, so sollte sie klar sein: Wir wollen, falls es nötig ist, für unsere Unabhängigkeit mit unserem Leben kämpfen, auch wenn wir keine Aussicht auf Erfolg haben.

Ist dieser Geist des Opfersinnes in uns lebendig genug? Es ist meine heilige Überzeugung, dass der Ernstfall genügend Männer finden wird, welche von dieser Geisteshaltung erfüllt sind, so viele, dass sie auch die Lauen und Feigen mitreissen können.

Nicht nur Männer, sondern auch Frauen. Die Tradition des Volkskrieges ist bei uns noch lebendig. In den heroischen

Zeiten der Eidgenossenschaft ist es manchmal vorgekommen, dass Frauen und Jugendliche ihren Teil am Blutopfer gebracht haben. So würde es auch jetzt noch sein. Es scheint mir eine dringende Pflicht unserer Militärbehörde, diese Möglichkeiten ins Auge zu fassen, die latente Opferbereitschaft auszuwerten, eine künftige Abwehr auf ganz breiter Grundlage zu organisieren — aber die positiven Kräfte nicht durch bürokratische Reglementierung zu ertöten. Nur wer den Glauben an unser Volk hat, kann das Höchste aus ihm herausholen.

Wenn wir uns, jeder einzelne für sich, zum grundsätzlichen Entschluss durchgerungen haben, im Notfall das Letzte, das heisst das Leben, für die Eidgenossenschaft herzugeben, dann weicht auch von selbst der Angstdruck, der auf uns lastet. Dann blicken wir der Zukunft ruhiger entgegen, in jener Geistesverfassung des hochgemuten Pessimismus, wie sie treffend benannt wurde.

Und der Bundesrat?

Ist unsere Landesbehörde wohl auch von diesem Geist erfüllt? Ob wir den Bun-

desrat beim schwarzen Kaffee täglich kritisieren, ob wir ihn zur Lösung von tausend Fragen, die uns am Herzen liegen, für fähig oder unfähig halten, das ist nicht so wichtig; aber wir müssen die Gewissheit haben, dass er im entscheidenden Moment seine Pflicht tut, dass er bei einer Bedrohung nicht wie Schuschnigg ausruft: « Wir weichen der Gewalt! », sondern dass er erklärt: « *Wir weichen der Gewalt nicht!* »

Auch mich hat das Verhalten unserer obersten Behörde während der kritischen Tage etwas enttäuscht. Man kann alles übertreiben, auch die Ruhe. Wie viele meiner Mitbürger kann auch ich nicht recht begreifen, warum in jenen Septembertagen nicht wenigstens der Grenzschutz aufgeboten wurde, da man doch weiss, es ist besser, viermal zu früh, als einmal zu spät zu mobilisieren.

Eine Teilmobilisation wäre meiner Ansicht nach auch aus rein psychologischen Gründen am Platze gewesen: als Kundgebung für unsern Unabhängigkeitswillen, dem Ausland, wie dem Inland gegenüber. Ausserdem hätte doch eine solche Probemobilmachung unsern Militärbehörden sicher eine einzigartige Gelegenheit geboten, wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Die entstehenden Kosten dürfen nie eine Rolle spielen, wenn es um so wichtige Fragen geht.

Der Friedensappell des Bundespräsidenten hat auf manche von uns einen recht zaghaften Eindruck gemacht. Die Rede von Bundesrat Motta in Lugano, bei welcher die vier Münchner Herren glorifiziert, die tschechoslowakische Republik aber mit keinem Wort erwähnt wurde, hat viele recht traurig gestimmt. Alle diese haben sich deshalb gefreut, dass



Edm. Bille

Chaudière à fromage, Holzschnitt

unser Leiter des Auswärtigen in einer späteren Rede seine früheren Ausführungen ergänzt und korrigiert hat.

Trotz alledem scheint mir, es wäre ebenso gefährlich wie falsch, daran zu zweifeln, dass unsere Landesbehörde im Ernstfall ihre Pflicht tut, das heisst die Verteidigung unseres Vaterlandes anordnet, unabhängig von allen Erfolgsaussichten.

Das Vaterland muss aber nicht nur im Krieg, es muss auch schon während des jetzigen bewaffneten Friedens wirksam verteidigt werden. Wir müssen sorgfältig darüber wachen, dass unsere Souveränität nicht nur nicht verletzt, sondern auch nicht geritzt wird.

Österreich und die Tschechoslowakei haben gezeigt, dass der Staat, der sich auf den abschüssigen Boden der Konzessionen begibt, verloren ist. Wer den kleinen Finger gibt, dem wird die ganze Hand genommen.

Weder durch noch so massive Drohungen, noch durch noch so verlockende Angebote dürfen wir uns dazu verleiten lassen, auf unser Hausrecht zu verzichten. Wenn wir es mit Rücksicht auf das Ausland unterlassen, diejenigen inneren Vorkehrungen zu treffen, die zum Schutze unseres Staates erforderlich sind, dann sind wir verloren.

Eine solche dringend nötige Massnahme scheint mir das Verbot ausländischer politischer Organisationen, sowie eine viel kräftigere Abwehr ausländischer Agenten, die darauf ausgehen, unsere Demokratie zu unterhöhlen.

Vor allem aber möge uns Gott vor dem Abschluss eines Presseabkommens behüten.

Selbstverständlich ist in solch schwierigen Zeiten eine uneingeschränkte Pressefreiheit so wenig möglich, wie im Krieg. Aber *wir, wir allein* wollen bestimmen, wie weit diese Freiheit zu beschneiden sei. Wenn wir uns dazu verleiten lassen, ein Presseabkommen abzuschliessen, das die objektive Berichterstattung und die

politische Auseinandersetzung einengt, so wäre das der Anfang vom Ende; und wären die Gegenversprechungen des Vertragspartners noch so gross, wir wären immer die Geprellten.

Unsere grossen Zeitungen haben während des letzten Monats bewiesen, dass sie durchaus auf der Höhe ihrer Aufgabe sind. Es hatte etwas Erhebendes, wie fast überall ernsthaft versucht wurde, in leidenschaftsloser und objektiver Weise über das dramatische Geschehen zu berichten, im Gegensatz zu 1914, wo eine einseitige fanatische Parteinahme für oder gegen die Zentralmächte, für oder gegen die Entente an der Tagesordnung war.

Jenen, welche unsern Zeitungen immer wieder vorwarfen, sie verstiessen in ihren Leitartikeln gegen den Grundsatz der Neutralität, ist nicht klar, dass die Neutralität ein Grundsatz des aussenpolitischen Handelns ist, der nicht auch auf die Gesinnung angewendet werden darf. Auseinandersetzungen über Wesen und Ideologie anderer Staaten bedeuten keine Einmischung in fremde Verhältnisse. Wir können darauf nicht verzichten. Wir können nicht einfach den Kopf in den Sand stecken und davon absehen, am Kampf der Geister, der heute die Welt erschüttert, teilzunehmen. Eine geistige Neutralität kann es nie geben.

Dass aber diese Auseinandersetzungen vielfach noch in massvollerer Form erfolgen sollten, als es heute geschieht, ist sicher richtig. Auch auf diesem Gebiet lässt sich die Freiheit nur bei gleichzeitiger grösster Selbstdisziplin aufrechterhalten. Wir kämpfen nie gegen andere Länder, sondern ausschliesslich für unser Vaterland, also für die demokratische Schweiz.

Ein etwas unerfreuliches Kapitel war das Verhalten unseres Radiodienstes. Die Nachrichtenmeldungen der schweizerischen Depeschenagentur waren viel zu kurz und viel zu wenig zahlreich. Abkommen mit dem schweizerischen Zeitungsverlegerverein hin oder her, in sol-

chen Augenblicken geht das nationale Interesse vor, und dieses verlangte unbedingt eine ausführlichere und häufigere Berichterstattung. Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Leute nicht täglich eine Zeitung lesen und der Radio ihre wichtigste Nachrichtenquelle bedeutet.

Völlig unverständlich war vor allem, dass der eidgenössische Telephon-Rundspruch fortfuhr, mit den deutschen Programmen auch die deutschen Propagandameldungen zu verbreiten, teilweise sogar auf der Linie Beromünster. Die Antwort des Bundesrates auf eine entsprechende Anfrage im Parlament ist einfach ungreiflich. Der Bundesrat stellte sich auf den Standpunkt, die Verbreitung dieser Tendenznachrichten wie auch die Propaganda durch entsprechende ausländische Presseorgane sei durchaus ungefährlich, man merke ja die Absicht und werde deswegen verstimmt. Wenn der Bundesrat wirklich der Ansicht ist, Propaganda, die unserem Staatsinteresse zuwiderläuft, bewirke eigentlich das Gegenteil, so wäre es nur folgerichtig, dass auch die Gottlosenpropaganda, die kommunistische Wühlarbeit und die Verbreitung von unsittlicher Literatur von Bundes wegen gefördert würde.

Die Theorie ist aber absurd. Es ist eine Grunderkenntnis der Reklame: Es kommt nicht darauf an, *was* man von dir spricht, sondern *dass* man von dir spricht. Hitler hat in « Mein Kampf » sehr richtig ausgeführt, dass es nicht so wichtig ist, ob die Propaganda geglaubt oder belächelt wird. Hängen bleibt auf alle Fälle etwas. Und es ist sehr viel hängen geblieben. Ich habe viele Jugendliche, aber auch Frauen und Männer gehört, welche am andern Tag die Meldungen der deutschen Propaganda über die tschechischen Greuelthaten wörtlich wiederholten, sich an die Quelle aber nicht mehr erinnerten.

Hier ist eine viel grössere Wachsamkeit nötig, als sie bisher geübt wurde, nicht nur gegen Propaganda, die direkt vom Ausland kommt, sondern auch gegen

die Aushöhlungsversuche, durch getarnte schweizerische Presseerzeugnisse. Die Demokratie darf nicht an der Überspitzung ihrer eigenen Grundsätze zugrunde gehen. Die Todfeinde der Demokratie dürfen sich nicht auf deren Grundsätze berufen. Der Grundsatz der Pressefreiheit darf uns nicht hindern, die in der letzten Zeit aufgetauchten staatsfeindlichen Organe einfach zu verbieten, und zwar möglichst rasch. Gewiss, keines dieser Blätter ist offen irredentistisch, sie treiben ihr Wesen unter der Maske des Bolschewistenschreckes oder des Antisemitismus oder der « Erneuerung » der Demokratie. Aber worauf sie eigentlich ausgehen, ist doch jedem Menschen klar. Auch Henlein hat bis zum Schluss offiziell nicht für den Anschluss, sondern lediglich für eine gewisse « Autonomie » gekämpft.

Es ist schon so: Wir sind satt und bequem geworden. Wir haben verlernt, zu kämpfen. Viele Generationen des Schweizer Volkes konnten ihr Schiff durch ruhiges Wasser lenken. Uns ist vielleicht vom Schicksal beschieden, von einem Orkan überfallen zu werden. Die Umstellung fällt uns allen schwer. Aber es ist eine alte Erfahrung, dass in Zeiten der Not im Menschen Kräfte wach werden, deren Vorhandensein er gar nicht vermutete. Sollte ein Sturm über unsere Eidgenossenschaft hereinbrechen, so wird sie auch diesen überdauern und in geläuterter Form neu erstehen. Nicht nur die Eidgenossenschaft, auch die Demokratie, *unsere* Demokratie.

Der demokratische Gedanke war bei uns schon verwirklicht, als in den meisten der uns umgebenden Länder der Absolutismus herrschte. Mag Frankreich, mag meinetwegen England zur Diktatur übergehen, unsere Demokratie wird dadurch nicht vernichtet. Sie stammt ja nicht aus jenen Ländern, sie ist eine Pflanze, die, wenn auch viele ihrer äussern Formen aus dem Westen übernommen wurden, auf unserem Boden gewachsen ist.